

Leitantrag des Bundesvorstands zum Bundesparteitag am 25.06.2022:

FREIE WÄHLER: Gesundheitssystem stärken, Altersarmut verhindern!

Die höchste Inflation seit fast 50 Jahren stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen, was ihren inneren Zusammenhalt angeht. Lange bestehende Gerechtigkeitsdefizite verschärfen sich durch die aktuelle Energiepreiskrise noch weiter.

Wir FREIE WÄHLER wollen eine Gesellschaft basierend auf Gemeinschaft und Respekt bewahren. Auch in Zeiten von hohen Inflationsraten müssen wir uns unserer sozialen Verantwortung stellen. Der Leitsatz „Niemand darf abgehängt werden“ ist für uns weiterhin handlungsleitend. Deswegen verlangen wir konkretes politisches Handeln der Ampel-Bundesregierung, um bestehende soziale Spannungen in Deutschland abzubauen und den Wohlstand für zukünftige Generationen zu sichern. Nach zwei Jahren Coronapandemie und einer weltweiten Lebensmittel- und Energiepreiskrise durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine müssen wir schnellstmöglich Anpassungen für den zukunftsgerichteten Umbau unserer Gesellschaft vornehmen. Im Mittelpunkt stehen für uns dabei die Herausforderungen in der sozialen Absicherung von der Altersvorsorge bis zur Pflege. Für uns gilt weiterhin die Grundüberzeugung: Stadt und Land, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Jung und Alt, Ost und West - ALLE kommen mit!

Der Bundesparteitag der FREIE WÄHLER möge daher folgende Forderung an die Ampel-Bundesregierung beschließen:

1. Keine Altersarmut durch die Inflation zulassen – Rentensystem reformieren!

Nach drei Monaten mit einer Inflationsrate über 7 Prozent sind die Renten vieler Menschen im Land akut gefährdet. Das 3-Säulen-Modell der Altersvorsorge droht in eine gefährliche Schiefelage zu geraten. Insbesondere die private Altersvorsorge steht unter Druck. So warnte jüngst der Sparkassenverband Bayern: "Inflation von 7 Prozent bedeutet, dass die Kaufkraft der Einkommen entsprechend sinkt und damit auch der Betrag, den die Menschen für ihre Vorsorge zurücklegen können. Der Doppelpack von Inflation und Nullzinsen sorgt für ein noch massiveres Abschmelzen von Ersparnissen und Altersvorsorge. Zumal dann, wenn das Ersparte in zinsabhängigen Produkten angelegt wurde."

Wir FREIE WÄHLER mahnen schon lange eine grundlegende Rentenreform an – wir fordern:

- a. Die gesetzliche Rentenversicherung muss maßgeblich den Erhalt des Lebensstandards gewährleisten können.
- b. Rentenbesteuerung und Doppelverbeitragung von Betriebsrenten müssen korrigiert werden.
- c. Der Erwerb und der Bau von Immobilien ist als vierte Säule der Altersvorsorge zu fördern.
- d. Das Rentenniveau muss angesichts der sich verändernden Arbeitswelt durch die Einführung einer Automatisierungs-Gutschrift stabilisiert werden.
- e. Die Elternzeit muss voll auf die Rente angerechnet werden.
- f. dass Vollzeitbeschäftigte nach 45 Jahren Tätigkeit einen auskömmlichen Rentenanspruch erwerben können und keine Grundsicherung erhalten müssen.
- g. Langjähriges ehrenamtliches Engagement muss durch zusätzliche Rentenpunkte honoriert werden.

2. Wertschätzung für Pflegekräfte - Steuererleichterungen für Langzeitpflege!

Wir FREIE WÄHLER fordern die Bundesregierung auf nachhaltige Steuererleichterungen für Pflegekräfte in der Langzeitpflege vorzunehmen. Es geht darum, ein Zeichen der gesellschaftlichen Wertschätzung zu senden, die Erschwernisse des Schichtdienstes anzuerkennen und auf diese Weise dem Fachkräfteengpass in der Langzeitpflege zu begegnen.

Die demographische Entwicklung stellt unser Pflegesystem vor große Herausforderungen. Dabei ist ein Kernproblem die Steigerung der Attraktivität der Berufsbilder in der Pflege, wobei ein entscheidender Faktor die Entlohnung ist. Nachdem es über lange Jahre trotz weitreichenden gesellschaftlichen Konsenses nicht geschafft wurde, die Entlohnung der Pflegekräfte angemessen zu erhöhen, ist jetzt ein deutliches Zeichen des Staates erforderlich, um die gesellschaftliche Anerkennung für diese so wichtige Berufsgruppe auszudrücken. Der Einführung einkommenssteuerrechtlicher Entlastungen für Beschäftigte in Pflegeberufen sind im Hinblick auf Abgrenzungsfragen und den allgemeinen Gleichheitssatz Grenzen gesetzt. Wir setzen uns deshalb für eine Erhöhung des Steuerfreibetrages in der Pflege ein. Die ersten 1.000 Euro pro Monat müssen steuerfrei ausgezahlt werden. Insbesondere für Teilzeitbeschäftigte würde dadurch die Attraktivität des Berufs wieder zunehmen.

Der deutliche Mangel an Pflegepersonal verbunden mit der Pflicht zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge könnte gleichwohl Ausnahmen für die Langzeitpflege rechtfertigen. Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, was bei einer klaren Benennung des Lenkungszwecks durch den Gesetzgeber Steuererleichterungen für die Tätigen in einer (stationären oder ambulanten) Pflegeeinrichtung nach § 71 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) ermöglichen sollte, solange die Bundesagentur für Arbeit einen flächendeckenden Fachkräfteengpass in der Langzeitpflege feststellt. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für die vom Pflegepersonal von der Politik dringend geforderten Zeichen der Wertschätzung.

3. Pflege bezahlbar machen – hohe Eigenanteile an Pflegekosten eingrenzen!

Wir FREIE WÄHLER fordern die Bundesregierung auf, die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung endlich anzugehen. Insbesondere braucht es eine deutliche Eingrenzung der Eigenanteile an den Pflegekosten. Pflegebedürftige Menschen dürfen kein Armutsrisiko für ihre Familien sein. Die ehemalige Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD hat mit ihrer Pflegereform, welche seit Anfang des Jahres in Kraft gesetzt ist, nur bei einem Teil der Heimkosten Entlastungen geplant. Die stufenweise Entlastung bei den „reinen“ Pflegekosten, bekannt auch als Einrichtungseinheitlicher Eigenanteil (EEE) drohen bei der aktuellen Inflationsrate nur kurzfristigen einen Kostenanstieg zu verhindern. Über die Hälfte der Heimplatzkosten, die vollstationär Betreute zu zahlen haben, entfallen auf die Kosten für die Unterbringung im Heim und die Verpflegung und auf die Kosten für notwendige Investitionen des Heims und die Ausbildung von Pflegenden. Der Einrichtungseinheitlichen Eigenanteil belief sich am Anfang des Jahres im Bundesschnitt auf 912 Euro. Die Gesamtkosten, die vollstationär Betreute im Pflegeheim zahlen, belaufen sich jedoch im Bundesschnitt jedoch auf 2.179 Euro.

Die Folge: Immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner der Senioreneinrichtungen werden zu Sozialhilfeempfängern, wenn die Eigenanteile z.B. auf Grund steigender Tariflöhne drastisch erhöht werden müssen. Eine Zumutung für alle fleißigen älteren Menschen, die ihr gesamtes Leben gearbeitet haben und ohne staatliche Leistungen auskommen konnten.

Die Ampel-Regierung muss deshalb die lückenhafte Pflegereform nachbessern und eine Begrenzung für den Gesamteigenanteil vorgeben. Dem Kostenanstieg von 23 Prozent allein innerhalb der letzten vier Jahren muss bei einer Teuerungsrate von historischen Dimensionen ein Riegel vorgeschoben werden.